Nr. 145 ◆ 38. Jahrgang
Ausgabe A Nr. 74

Bezugspreis:
Vierteljährl. 30.— M., monatl. 10.— M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Poſtbezug: Monatlich 10.— M. einſchl. Zuſtellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutſchland und Oeſterreich 16.50 M., für das übrige Ausland bei täglich einmal. Zuſtellung 21.50 M. Poſtbeſtellungen nehmen an Oeſterreich, Ungarn, Tſchecho-Slowakei, Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz. — Eingetragen in die Poſt-Zeitungs-Preisliſte.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Zeit“ und der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ erſcheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adreſſe:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Morgen-Ausgabe

Vorwärts

Berliner Volksblatt
Zentralorgan der ſozialdemokratiſchen Partei Deutſchlands

30 Pfennig

Anzeigenpreis:
Die achtgeſpaltene Nonpareillezeile koſtet 5.50 M. „Kleine Anzeigen“ das fettgedruckte Wort 1.50 M. (zuläſſig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 1.— M. Stellengeſuche und Schlafſtellenanzeigen das erſte Wort 1.— M., jedes weitere Wort 90 Pfg. Worte über 15 Buchſtaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zeile 3.— M. Die Preiſe verſtehen ſich einſchließlich Teuerungszuſchlag.

Anzeigen für die nächſte Nummer müſſen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeſchäft, Berlin SW 68, Lindenſtraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenſtr. 3
Fernſprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97

Dienstag, den 29. März 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenſtr. 3
Fernſprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 117 53—54

Deutſchlands Oſterfeſt.

Die Feiertage haben ihren Namen nicht verdient. Dafür haben die Verbrechernaturen geſorgt, die noch jedesmal ihren Augenblick gekommen ſahen, wenn wieder einmal zu der großen Aktion für jene Diktatur aufgerufen wurde, unter der die gewiſſen Kraftmenſchen ihre Diktatur verſtehen. Diesmal freilich miſcht ſich ein ſtarker Unterton von elender Feigheit in den Lärm der Exploſionen, einer im Dunkeln ſchleichenden Tücke, die gewiſſenlos das Leben ſchuldloſer Mitmenſchen gefährdet. Mögen die Kommuniſten die Gemeinſchaft mit ſolchen Schandtaten, wie den Sprenganſchlägen auf Eiſenbahnbrücken, auch von ſich weiſen — ihre Aufrufe zur bewaffneten Aktion, lange bevor ſie als Abwehr der beſtehenden, von großer Volksmehrheit gewollten Staatsgewalt ausgelegt werden konnten, wäſcht keine Lauge von ihnen ab.

Man kann es allenthalben hören, daß die Hauptagitation für den Generalſtreik, d. h. auf kommuniſtiſch: die Hauptverſuche, ihn der Arbeiterklaſſe gewaltſam aufzuzwingen, erſt heute Dienstag einſetzen ſollen. Auch dieſes Beginnen, das von der VKPD. totgeborene Kind vom heiligen Geiſt in Moskau wieder zu beleben, wird an der Einſicht der deutſchen Arbeiterklaſſe ſcheitern; denn wenn Sowjetrußland ſelbſt noch in Gefahr wäre, könnte ihm die völlige Ruinierung Deutſchlands nichts nutzen — es iſt aber gar nicht mehr in Gefahr, da es ja alle Aufſtände ſiegreich niedergeworfen, obendrein ſeinen Handelsfrieden mit England und durch den Vertrag mit Polen die Möglichkeit freien Warenbezugs erhalten hat. Dieſe Waren wird es naturgemäß zumeiſt aus Deutſchland beziehen. So bahnen ſich die für beide Länder unentbehrlichen Wirtſchaftsbeziehungen wieder an: ein Rußland, das ſeine Landwirtſchaft mit Hilfe deutſcher Maſchinen und Textilwaren wiederaufbaut, wird uns mit der Zeit mit Lebensmitteln von Ueberſee, d .h. von engliſcher Kontrolle und Gutwilligkeit unabhängiger machen — aber nur Deutſchlands ungeſtörte Produktion kann zu Rußlands Wiederaufbau beitragen.

Gerade vom ſowjetbegeiſterten Standpunkt geſehen, iſt dieſer Generalſtreik Generalunſinn. Und darum wird die deutſche Arbeiterklaſſe dieſen Generalſtreikburſchen nicht nur aus ihrer Einſicht, ſondern nötigenfalls auch mit der gebotenen Energie zu begegnen wiſſen.

Geſamtbild.

Wolff meldet: Der Oſterſonntag iſt in Berlin ruhig verlaufen. Auch aus den weſtlichen Induſtriezentren ſind Zwiſchenfälle nicht gemeldet, jedoch iſt eine weitere lebhafte Generalſtreikpropaganda der Kommuniſten bemerkbar.

Die polizeiliche Aktion in der Provinz Sachſen wird mit Nachdruck fortgeführt und ſteht vor ihrem baldigen Abſchluß. Das Detachement Graf Poninſki iſt von Kloſter Mansfeld kommend in Eisleben eingetroffen und weiter marſchiert; größeren Widerſtand hatte es nicht mehr gefunden. Im Mansfelder Seekreis und im Bezirk Eisleben iſt es ruhig. Die Rädelsführer ſind entflohen und machen entlegenere Dörfer unſicher. Das Zentrum der aufſtändiſchen Bewegung ſcheint ſich jetzt in Ober- und Unter-Röblingen und Teutſchental zu befinden. In Bitterfeld hat ein Trupp ortsfremder Leute die Ortspolizei entwaffnet, ſich vorübergehend in den öffentlichen Gebäuden feſtgeſetzt und die durchfahrenden Züge auf Polizeibeamte kontrolliert. In Sangerhauſen wurden durch eine kommuniſtiſche Bande Poſt und Banken geplündert, das Telegraphenamt geſprengt und in der Nacht ein aus Württemberg herbeigezogener gepanzerter Streckenarbeiterzug aufgehalten. Dabei kam es zu einem Gefecht, in dem es auf beiden Seiten Tote und Verwundete gab. Seit Sonntag morgen iſt die Stadt durch Polizei beſetzt. Die Kommuniſten hatten ſich unterdeſſen verzogen.

In Halle wurden durch Handgranatenwürfe die Druckmaſchinen mehrerer nichtkommuniſtiſcher Zeitungen, darunter unſere „Volksſtimme“, ſchwer beſchädigt. Ein Sprengſtoffträger wurde verhaftet und gab an, mit 200 M. zu einem Anſchlag auf das Polizeipräſidium gedungen worden zu ſein. Das Betreten der Straßen iſt in Halle von 9—4 Uhr nachts verboten. Die Eiſenbahnbrücke der Linie Berlin-Halle über die Mulde wurde durch ein Sprengattentat beſchädigt; der Verkehr konnte nach mehreren Stunden wieder aufgenommen werden. Für Aſchersleben iſt Polizeihilfe erbeten worden. Im Zeitz-Weißenfelſer Revier lehnen es die Metallarbeiter ab, zu ſtreiken. In Wölkau bei Leipzig hatten ſich am Sonntag bewaffnete Kommuniſten angeſammelt. Daraufhin wurden 100 Mann Schutzpolizei nach Wölkau entſandt. Es kam zu einem Feuergefecht, bei dem die Kommuniſten einen Toten und einen Verwundeten hatten. Bei letzterem wurde eine Liſte von Perſonen gefunden, die an der Bewegung beteiligt ſind und die verhaftet werden konnten.

In Eſſen, wo trotz Verbots die Kommuniſten verſuchten, eine Verſammlung im Freien durchzuführen, kam es zu einem Zuſammenſtoß mit der Polizei, der eine Anzahl von Toten koſtete. Die Ruhe iſt dort wiederhergeſtellt.

Gegen einen Putſch in Mettmann wurde ebenfalls Polizei eingeſetzt. Der Oberpräſident hat über den unbeſetzten Teil des Regierungsbezirkes Düſſeldorf und über die Regierungsbezirke Münſter und Arnsberg den Ausnahmezuſtand verhängt.

Bombenanſchlag in Charlottenburg.

In der Nacht zum Oſterſonntag gegen 1½ Uhr wurden die Anwohner des Bahnhofs Charlottenburg durch eine gewaltige Detonation aus dem Schlafe geweckt. Die Bedürfnisanſtalt, die an der Ecke der Rönne- und Holtzendorffſtraße, dicht neben der Eiſenbahnbrücke über die Holtzendorffſtraße ſteht, war in die Luft geflogen. In einem Umkreis von etwa 200 Metern ſind faſt ſämtliche Schaufenſterſcheiben ſowie die Fenſterſcheiben der Wohnungen zertrümmert und die Häuſer ſtark beſchädigt worden. Menſchenleben ſind, ſoweit bisher bekannt, nicht zu beklagen. Ein Arzt, der ſich auf dem Heimwege befand und wenige Minuten vor der Exploſion die Bedürfnisanſtalt betreten hatte, bemerkte hier eine Kiſte von etwa 50 Zentimeter Länge, die an der einen Seite ſtark rauchte. Er verſuchte, eine brennende Zündſchnur auszutreten, was ihm aber nicht gelang, und ſo eilte er, nichts gutes ahnend, zur nächſten Wache der Schutzpolizei, um den Fund zu melden. Inzwiſchen war aber die Kataſtrophe eingetreten. Allem Anſchein nach hatten die Täter beabſichtigt, die Eiſenbahnbrücke in die Luft zu ſprengen, was ihnen aber nicht gelungen iſt. Auf zweckdienliche Angaben zur Ermittlung des Täters iſt eine größere Belohnung ausgeſetzt.

Diejenigen Herren, die jetzt ſtatt der üblichen Inſchriften in den Lokuſſen Bomben hinterlaſſen, ſollten darauf hingewieſen werden, daß auf lebensgefährdenden Mißbrauch von Sprengſtoff Todesſtrafe ſteht.

Anſchlag auf ein Elektrowerk.

Oſtermontag früh gegen 4 Uhr tauchten auf dem Grundſtück des Elektrizitätswerkes „Unterſpree“ in Spandau-Ruhleben etwa 12 junge Burſchen auf, drangen ſofort in den Keſſelraum ein und hielten den Arbeitern Revolver vor. Einige der Banditen begaben ſich darauf in den Raum, in welchem ſich die Hauptſchaltanlagen befinden und legten an die Anlage drei Handgranaten und eine mit Sprengſtoff gefüllte Büchſe. Dann entfernten ſie ſich, ohne die im Keſſelraum befindlichen Arbeiter von der bevorſtehenden Exploſion zu benachrichtigen, in der Richtung nach Spandau. Zum Glück explodierte nur eine Eierhandgranate, ſo daß der Schaden gering iſt. Der Reſt der Sprengſtoffe wurde von herbeigerufenen Schutzpoliziſten beſchlagnahmt. Wie uns von fachmänniſcher Seite mitgeteilt wird, wäre das Elektrizitätswerk auf ein Jahr ſtillgelegt worden, wenn die Zerſtörung der Hauptſchaltanlage geglückt wäre.

Oſterſonntag mittag wurde in der Nähe der Warſchauer Brücke ein Mann mit einem ſchweren Koffer von einem Wachtmeiſter ſamt Gepäck nach der Warſchauer Wache geführt, wo man in dem Koffer eine Maſchinengewehrpiſtole und 980 Schuß Piſtolenmunition fand. Er wurde als der 34 Jahre alte Arbeiter Paul Klein feſtgeſtellt.

Eiſenbahnfrevel in Tegel.

Unbekannte Täter durchſchnitten zwei Drähte von zwei Einfahrtſignalen am Bahnhof Tegel, um ſo einen Zuſammenſtoß herbeizuführen. Eiſenbahnbeamte entdeckten zum Glück das Nichtfunktionieren der Leitungen, bemerkten beim Abgehen der Strecke die zerſchnittenen Drähte und ſorgten für die Wiederherſtellung der Leitungen.

Reichswehr und Artillerie.

Eisleben, 27. März. (WTB.) Gegen mittag trat Artillerie in Aktion und man begann, Kommuniſtenneſter zwiſchen Eisleben und Helbra auszuheben.

Sangerhauſen, 27. März. (WTB.) Die Kommuniſten verſuchten hier Banken zu ſprengen. Das Innere des Hauptpoſtamts iſt durch die bereits gemeldete Sprengung völlig verwüſtet worden und ganz außer Betrieb geſetzt. Geſtern nachmittag 4 Uhr traf ein Zug württembergiſcher Reichswehr in einem mit Schießſcharten verſehenen Eiſenbahnzug ein, beſetzte den Bahnhof und ſäuberte die Stadt.

Artern, 27. März. (WTB.) Die Eiſenbahnbrücken in der Nähe von Wallhauſen (Strecke nach Nordhauſen) und in der Nähe von Ober-Röblingen an der Helme (Strecke nach Erfurt) ſind geſprengt worden. Wiederherſtellungsarbeiten ſind im Gange. Der Zugverkehr von Erfurt her findet ſeinen Endpunkt in Artern. Geſtern abend erſchien in drei Perſonenkraftwagen eine Anzahl Kommuniſten und erpreßte von der Maſchinenfabrik-Aktiengeſellſchaft die Herausgabe von Laſtautos. Mit dieſen ſind ſie in der Richtung Sangerhauſen davongefahren.

Ruhe in Hamburg.

Aus Hamburg wird im allgemeinen Wiederkehr der Ruhe gemeldet. Etwas nach Orgeſch-Reklame ſcheint folgende WTB-Nachricht zu klingen: Sonnabend mittag wurden von Mitgliedern des Heimatſchutzes mehrere Männer verhaftet, die ſich in verdächtiger Weiſe beim Gaswerk in Barmbeck zu ſchaffen machten. Die Leute waren mit Piſtolen und großen Drahtſcheren ausgerüſtet. Es wird angenommen, daß ein Anſchlag auf das Werk beabſichtigt war.

Schützlinge der V.K.P.D.

Im Anhaltiſchen Landtage verlangte eine kommuniſtiſche Anfrage die Anwendung der Kapp-Amneſtie auf 30 bis 40 Leute, die in das Haus eines Fabrikdirektors eingedrungen waren und wie die Raben geſtohlen hatten. Die Kommuniſten waren ſchließlich ſo vernünftig, keine Beſprechung der Angelegenheit zu beantragen.

Die habsburgiſche Gefahr.

Von Rudolf Illowy-Prag.

Nichts iſt im tſchechiſchen Volke verhaßter als die habsburgiſche Dynaſtie, und keine von den Nationen der ehemaligen Monarchie atmete ſo einmütig an dem Tage, wo Kaiſer Karl und alle die unzähligen Erzherzoge davongejagt wurden, freudig auf, als die tſchechiſche. Wenn Ende Oktober 1918 gewiſſe Kreiſe in Wien dachten oder hofften, der Kaiſer Karl von geſtern könnte morgen König Karl von Böhmen werden, ſo war das nur ein Beweis, wie ſchlecht das bürgerliche Wien über die Anſchauungen des tſchechiſchen Volkes informiert war. Dieſem Umſtande iſt auch das große Erſtaunen der Wiener Spießbürger zuzuſchreiben, als der verſpottete „böhmiſche Wenzel“ plötzlich ſeine Republik in aller Ruhe aufrichtete.

Die Tſchechen haben Grund genug, Habsburg als ihren Erzfeind zu haſſen. Vom Jahre 1526 angefangen, da die böhmiſchen Stände Ferdinand I. von Oeſterreich zu ihrem König wählten, hatte Habsburg nichts anderes im Sinne, als die Stärkung der Macht ſeiner eigenen Familie und der katholiſchen Kirche, und vom 8. November 1620, als der Aufſtand der tſchechiſchen proteſtantiſchen Adligen in der Schlacht am Weißen Berge bei Prag niedergerungen wurde, bis zum 28. Oktober 1918, wo die tſchechoſlowakiſche Republik entſtand, zieht ſich eine Kette von Verfolgungen der tſchechiſchen Nation hin. Im Jahre 1621 ließ Ferdinand II. die Führer der tſchechiſchen Revolte auf grauſame Weiſe vor dem Prager Altſtädter Rathauſe hinrichten und dann begann ein erbitterter, Jahrhunderte währender Feldzug der Habsburger gegen das tſchechiſche Volk. Das zum größten Teil proteſtantiſche Land wurde gewaltſam katholiſiert, die Kultur des Volkes vernichtet, Bücher verbrannt und die tſchechiſche Sprache überall verdrängt. Die Tſchechen ſollten nach dem Wunſche der Habsburger nicht nur katholiſiert, ſondern auch germaniſiert werden, um dann ein gefügiges Werkzeug für ihre egoiſtiſche Familienpolitik zu werden. Alle Habsburger haben ſich die größten Verbrechen gegen das tſchechiſche Volk zuſchulden kommen laſſen.

Die Habsburger haben auch den Zwiſt zwiſchen den Tſchechen und Deutſchen auf dem Gewiſſen. Ihr Grundſatz war das Metternichſche „teile und herrſche“ und danach richtete ſich ihre ganze Politik. Tſchechen und Deutſche mußten ſich ſtets befehden, damit Habsburg ruhig herrſchen könne. Dies war auch Franz Joſephs ganze politiſche Weisheit.

Die Habsburger ſind für die Tſchechen abgetan. Keinem Tſchechen fällt es ein, ſich nach der Herrſchaft der Habsburger zurückzuſehnen, nicht einmal den Klerikalen, welche von den Habsburgern immer unterſtützt wurden. Irgendeine konſervative Adelspartei exiſtiert unter den Tſchechen nicht und die geringe Anzahl tſchechiſch ſprechender Ariſtokraten iſt einerſeits völlig machtlos, andererſeits verhält ſie ſich aus Klugheit ruhig. Der Kaiſergedanke iſt im ganzen tſchechiſchen Volke ausgerottet und keinerlei monarchiſtiſche Agitation hätte Ausſicht auf Erfolg. Wenn auch vor dem Kriege die tſchechiſche ſtaatsrechtliche Beſtrebung eine royaliſtiſche war und eine Autonomie der Länder der St. Wenzelskrone (Böhmen, Mähren und Schleſien) im Rahmen der Monarchie nach dem Vorbilde Ungarns zum Ziele hatte, haben die Erfahrungen des Krieges einen jeden Königsgedanken zunichte gemacht. Die ganze Nation begrüßte enthuſiaſtiſch die Gründung der Republik als die beſte und die Selbſtändigkeit verbürgende Staatsform.

Man kann es eine Tragik der bürgerlichen Deutſchen in der Tſchechoſlowakei nennen, daß ſie bis zum letzten Moment kaiſertreu und hypermonarchiſtiſch waren, ſo daß ſie von dem Umſturz im Jahre 1918 ganz unvorbereitet überraſcht worden ſind. Aber auch jetzt ſcheint der republikaniſche Gedanke unter den Deutſchbürgerlichen noch nicht feſten Fuß gefaßt zu haben, noch jetzt glauben viele von ihnen an die Wiederherſtellung des früheren Kaiſerſtaates unter dem Zepter der Habsburger und begrüßen jeden Weg, der hierzu führen könnte, ſogar — einen bolſchewiſtiſchen Umſturz. Auch der Plan einer Donau-Konföderation führt nichts anderes im Schilde, als die Grundlegung zum künftigen monarchiſtiſch-klerikalen Großöſterreich.

Die angeblichen Losreißungsbeſtrebungen der Slowaken werden gewaltig übertrieben. Die ſlowakiſchen Klerikalen agitieren zwar für eine Autonomie der Slowakei, welche jedoch die Slowaken ſelbſt ſchädigen würde, da ſie nicht genug intelligente Kräfte zur Ausübung der Selbſtverwaltung beſitzen. Aber auch ſie denken nicht ernſthaft an eine Wiedervereinigung mit Ungarn, wo ſie kulturell und wirtſchaftlich ſehr arg unterdrückt worden waren. Bei der geringen politiſchen Schulung der Slowaken iſt es jedoch für die horthymagyariſche Agitation nicht ſchwer, ihnen vorzutäuſchen, wie gut es unter dem früheren König war, wo ſich niemand darum kümmerte, ob der kleine Slowake in die Schule ging und ob die Bauern alles vertranken, während die Tſchechen ſofort nach ihrem Einzuge ein Alkoholverbot in der Slowakei erlaſſen haben. Die antitſchechiſche Bewegung in der Slowakei wird von Werkzeugen des Budapeſter weißen Terrors geſchürt und dieſe Leute ſtehen in Verbindung mit Kaiſer Karl in Prangins. Die habsburgiſche Gefahr droht alſo insbeſondere von ungariſcher Seite.

Ungarn geht jetzt daran, ſeinen König zu wählen und die ungariſche Ariſtokratie iſt zum größten Teil für Karl, als dem angeblich rechtmäßigen Herrſcher. Die ungariſchen Monarchiſten hoffen, es werde dem zurückgekehrten König gelingen, die früheren ungariſchen Gebiete — in erſter Reihe die Slowakei — entweder auf diplomatiſchem Wege, oder mit Gewalt zurückerobern. Dieſe Abſicht rechnet mit einem neuen Krieg und bedeutet alſo eine ernſte Bedrohung des Weltfriedens. Zur Abwehr dieſer Gefahr hat die Tſchechoſlowakei die Kleine Entente gegründet und der Außenminiſter Beneſch machte in den letzten Wochen in Rom und Paris auf die Tendenz der magyariſchen Königsmacher aufmerkſam.

Horthy-Ungarn hat ſeine Hoffnung auf die Erſtarkung der chriſtlichſozialen Partei in Oeſterreich geſetzt und rechnet damit, daß die Reaktionäre in Wien und den Alpenländern Karl in die Hofburg zurückrufen würden. Auch Polen ſoll für die Pläne der magyariſchen Monarchiſten gewonnen werden und man kalkuliert in Budapeſt mit der polniſchen Feindſchaft gegen die Tſchechen wegen Teſchen. Ein Bündnis des habsburgiſchen Ungarn mit dem reaktionären Polen und einem chriſtlichſozialen Oeſterreich wäre auch eine Bedrohung der deutſchen Republik, da es die Stärkung der Hohenzollernparteien in Deutſchland zur Folge hätte.

Die Tſchechoſlowakei muß im Intereſſe ihrer wirtſchaftlichen, kulturellen und politiſchen Konſolidierung jede Gefahr, welche ihrem Beſtande droht, abzuwehren trachten. Dieſe Gefahr ſind die Habsburger, und es iſt Pflicht aller demokratiſchen Staaten und Parteien, namentlich der Sozialdemokraten, die Rückkehr dieſer Verbrecherfamilie zu verhindern. Die Tſchechoſlowakei macht auf die habsburgiſche Gefahr, welche der weiße Terror in Budapeſt hervorgeſchworen hat, die ganze Welt aufmerkſam und das Intereſſe aller Demokraten erfordert es, daß dem magyariſchen Imperialismus und der magyariſchen Reaktion Einhalt geboten wird.

Zentrum-Welfiſches Bündnis.

Bei den Wahlen zum preußiſchen Landtag ſind in der Provinz Hannover die Deutſchhannoverſche Partei und das Zentrum gemeinſam aufgetreten, haben eine gemeinſame Liſte aufgeſtellt und ihre Wahlpropaganda gemeinſam durchgeführt. Der Erfolg iſt bekanntlich geweſen, daß gegenüber dem Juni 1920 ungefähr 40 000, gegenüber dem Januar 1919 etwa 100 000 Stimmen den beiden genannten Parteien verloren gegangen ſind. Näheres erfährt man über dieſes Bündnis durch ein Aktenſtück, das ein freundlicher Märzwind dem „Vorwärts" auf den Redaktionstiſch geweht hat. Es hat folgenden Wortlaut:

Niederſchrift über die zwiſchen den bevollmächtigten Vertretern der Deutſchhannoverſchen Partei und dem bevollmächtigten Delegierten der Zentrumspartei aus den Wahlkreiſen Weſer-Ems, Süd-Hannover und Oſt-Hannover geſchloſſenen Vereinbarung.

Anweſend: Zentrum: Wahlkreis Weſer-Ems: Prof. Grobe, Parteiſekretär Dr. Lehmüller. Wahlkreis Süd-Hannover: Abg. Blank-Hannover; Kaufmann Biehmeyer-Hannover; Abg. Traumann-Hildesheim; Hofbeſitzer Flögel-Dinklar. Wahlkreis Oſt-Hannover: Ing. Kühne-Aumund; Rektor Stuke-Harburg; Herr Kanne-Lehe.

Deutſchhannoverſche Partei: Juſtizrat Rathgen-Hannover; Rechtsanwalt Hagemann-Verden; Senator Otte-Hannover; Regierungsrat Droge-Hildesheim; Oberſt von Berger-Hannover.

1. Die Vertreter der Zentrumspartei erklären ſich einverſtanden mit dem folgenden unter dem 28. Dezember 1920 vom Ausſchuß der Deutſchhannoverſchen Partei angenommenen Leitſätzen:

a) Für die Zukunft wird ein möglichſt enges Zuſammengehen beider Parteien im Reiche und im Lande angeſtrebt.

b) Die Vertreter der hannoverſchen Zentrumspartei erklären ſich in deren Namen für die Errichtung eines Landes Niederſachſen, bei der kein Teil des Landes Hannover ausgeſchloſſen werden ſoll.

c) Die Deutſchhannoverſche Partei erklärt ſich bereit, nur ſolche Mandatsbewerber zuzulaſſen, welche auf entſchieden chriſtlichem Boden ſtehen und ſich ausdrücklich verpflichten, für die Freiheit und Selbſtändigkeit der chriſtlichen Kirchen und Schulen ſowie die Gleichberechtigung der chriſtlichen Konfeſſion einzutreten.

d) Die Deutſchhannoverſche Partei empfiehlt ihren Abgeordneten dringend, ſich, ſoweit dem nicht überwiegende andere Intereſſen entgegenſtehen, den Zentrumsfraktionen als Hoſpitanten anzuſchließen.

e) Sollte es zur Errichtung eines Landes Niederſachſen kommen, ſo iſt die Deutſchhannoverſche Partei bereit, mit dem Zentrum auf chriſtlichem verfaſſungsmäßigen Boden zuſammenzuarbeiten.

f) Bei den Wahlen (Reichstags-, Landtags-, Provinziallandtags- und Kommunalwahlen) erfolgt nach vorheriger Verſtändigung gemeinſames Vorgehen unter Wahrung des beiderſeitigen Beſitzzuſtandes. Für die preußiſchen Landtagswahlen 1921 wird insbeſondere vereinbart, daß im Wahlkreiſe Weſt-Hannover eine gemeinſame Liſte mit dem Kennwort „Niederſachſen" aufgeſtellt wird. In den anderen Wahlkreiſen Hannovers werden gemeinſame Liſten nach zutreffenden örtlichen Vereinbarungen aufgeſtellt.

g) Auf der Landesliſte beanſprucht die Zentrumspartei keinen Platz.

2. Erläuternd zu der in Punkt f dieſer Leitſätze angeführten Bemerkung „unter Wahrung des beiderſeitigen Beſitzſtandes" wird vereinbart, daß das Ergebnis der Reichstagswahl 1920 als Maßſtab des Stärkeverhältniſſes in allen Bezirken und Orten gelten ſoll.

3. Beide Parteien gewährleiſten ſich auch in der Organiſation ihren beiderſeitigen Beſitzſtand und verſprechen ſich gegenſeitig keine Mitglieder abzugewinnen.

In Orten mit beiderſeitigen Organiſationen ſollen Verſammlungen und ſonſtige Agitationen tunlichſt nur in gegenſeitigem Einvernehmen ſtattfinden.

4. Bezüglich des hannoverſchen Kloſterfonds wird vereinbart, daß die Abgeordneten beider Parteien dafür eintreten, daß

a) die Leiſtungen an die Kirchengemeinden den Teuerungsverhältniſſen angepaßt werden;

b) dem Provinziallandtag ein Ueberprüfungsrecht über Einnahmen und Ausgaben des Kloſterfonds zugeſtanden wird;

c) daß in Zukunft Leitung und Beamtenkörper des Kloſterfonds paritätiſch, d. i. entſprechend dem Stärkeverhältnis der Konfeſſionen, zuſammengeſetzt werden.

5. Bezüglich der Platzverteilung auf der Liſte des Wahlkreiſes Süd-Hannover erhalten

den 1. Platz die Deutſchhannoverſche Partei,
den 2. Platz die Zentrumspartei,
den 3. Platz die Deutſchhannoverſche Partei,
den 4. Platz die Deutſchhannoverſche Partei.

Für den 5. Platz präſentieren die Zentrumspartei einen der Deutſchhannoverſchen Partei genehmen Kompromißkandidaten, nämlich einen chriſtlichen Arbeiter oder eine Arbeiterin, die bei einer Wahl der Deutſchhannoverſchen Partei als Mitglied und der Zentrumsfraktion als Hoſpitantin beitritt.

Platz 6—8 Deutſchhannoverſche Partei.
Platz 9 und 10 Zentrum.

6. Auf der Liſte Oſt-Hannover erhält das Zentrum einen der Plätze zwiſchen 5 und 7 einſchließlich.

Für die Richtigkeit der Niederſchrift:
gez. C. Blank. gez. von Berger.

Zur Erläuterung bemerken wir, daß mit der Verabredung 1b das Zentrum ſeinen früheren Standpunkt, das wirtſchaftlich vorwiegend nach Rheinland-Weſtfalen tendierende Emsland nicht zu dem „freien" Hannover zu ſchlagen, aufgegeben hat; 1c ſtellt ein offizielles Eingeſtändnis der Kirchlichkeit der Deutſchhannoverſchen Partei dar. 1f und 5. ſind nicht in der Weiſe ausgeführt, daß der Beſitzſtand der beiden Parteien wirklich gewahrt worden iſt; wenn das geſchehen wäre, ſo hätte von den 11 auf die Liſte Niederſachſen gewählten Abgeordneten das Zentrum 5, die Deutſchhannoverſche Partei 6 Sitze bekommen müſſen; in Wirklichkeit hat das Zentrum nur 3 Sitze erhalten, während den Welfen durch die Beuteteilung 8 Mandate zugefallen ſind. Das in Nr. 2 vorgeſehene Ergebnis der Reichstagswahlen 1920 iſt auch nicht angewendet worden, ſonſt hätten die Mandate im Verhältnis von 4 zu 7 geteilt werden müſſen. Beſonders ergötzlich iſt, wie unter Nr. 4 das Fell des Bären verteilt wird, ehe der Bär erlegt iſt.

Das Wiederaufbauproblem.

Paris, 27. März. (WTB.) Der Ausſchuß, der in der großen Verſammlung des Allgemeinen Arbeiterverbandes für den Wiederaufbau in Nord- und Oſtfrankreich eingeſetzt wurde, um ein Wiederaufbauprogramm unter deutſcher Beteiligung auszuarbeiten, hat ſeine Arbeiten begonnen. Seine erſte Aufgabe iſt, einen Appell an die betroffene Bevölkerung zu richten, der an alle Gemeinden der geſchädigten Departements geſandt werden ſoll. Es ſoll eine große Verſammlung unter Beteiligung aller Behörden, die ſich mit dem Wiederaufbau zu beſchäftigen haben, nach Paris berufen und ſämtliche Senatoren, Deputierte, Generalräte, Munizipalräte eingeladen werden, ebenſo die Vertreter aller Wiederaufbaugenoſſenſchaften, damit jede Gruppe in der Lage ſei, ihr Urteil über das ausgearbeitete Programm abzugeben.

Uneinigkeit über Oberſchleſien?

Paris, 27. März. (WTB.) Nach dem „Petit Pariſien" wird die Entſcheidung über Oberſchleſien nicht vor Ende April getroffen werden können. Zuerſt werde die Interalliierte Kommiſſion in Oberſchleſien Vorſchläge über die Grenzen machen, in zweiter Linie werde alsdann die Botſchafterkonferenz darüber beraten und, wenn nötig, werde der Oberſte Rat an den Schiedsſpruch der Regierungen appellieren.

Vandervelde gegen Haßpolitik.

Wir haben die Haltung des Führers der belgiſchen Sozialdemokraten ſcharf kritiſieren müſſen, umſo freudiger geben wir folgenden Pariſer Wolffbericht wieder:

In Brüſſel haben die Sozialiſten die Kampagne für die Kommunalwahlen begonnen. In einer großen Verſammlung ſagte Miniſter Vandervelde, daß drei Dinge im Vordergrund ſtünden: erſtens Einführung ſozialer Verſicherungen, zweitens Sozialiſierung der Erdreichtümer, begonnen mit Sozialiſierung der Kohlengruben, und drittens die ſechsmonatige Dienſtzeit. An letzter Reform ſei ihm am meiſten gelegen, weil ſie die Friedenspolitik charakteriſiere, die die Sozialiſten gegenüber der Kriegspolitik ihrer Gegner verlangten. Deutſchland habe eine geheiligte Schuld, die es bezahlen müſſe. Frankreich und Belgien hätten ein Anrecht auf Reparation. Man könne ſie auf zwei Arten erreichen: durch die Methode der Sozialdemokraten und durch die Methode der Nationaliſten. Die Sozialdemokraten erklärten, Deutſchland müſſe zahlen, was es fähig ſei, zu zahlen. Damit man das erreiche, wolle man an die Arbeiterklaſſe appellieren und mit ihr die gerechteſte Methode ſuchen, um die Schäden wieder gutzumachen. Das Proletariat müſſe durch eine internationale Aktion in Erſcheinung treten. Die Reaktionäre erklärten, Deutſchland müſſe hunderte von Milliarden bezahlen, trotzdem ſie wüßten, daß das deutſche Volk nicht genügend produzieren könne. Um eine derartige Schuld zu bezahlen, um eine derartige unrealiſierbare Sache zu erreichen, hätten die Nationaliſten zu Gewaltmaßnahmen gegriffen, darunter zur Beſetzung rechtsrheiniſcher Städte durch die Gewalt der Bajonette. Dieſe Beſetzung werde die Beſetzung anderer Städte nach ſich ziehen, denn gewiſſe Leute träumten von der Beſetzung Berlins. Eine derartige Politik müſſe zu ſtärkeren Militärlaſten führen. Deutſchland zahle z. B. den Alliierten für Beſatzungskoſten jährlich eine Milliarde, alſo eine Milliarde, die an Frankreich und Belgien für Reparationen bezahlt werden könnte. Durch dieſe Politik könnten in Deutſchland die Reaktionäre das Haupt er heben, weil ſie die lächerlich übertriebenen Forderungen der Entente auszubeuten in der Lage ſieen. So führe die nationaliſtiſche Methode notwendigerweiſe zum Krieg. Das Proletariat werde dieſe Kataſtrophe zu verhindern wiſſen.

Unverſtändlich bleibt uns allerdings, wie Vandervelde einer Regierung angehören kann, die das tut, was er nun auf das Schärfſte verurteilt.

Verboten. Die Rheinlandkommiſſion hat nachſtehende Bücher verboten: „Die Fauſt im Weſten", von Gertrud von Brockdorff (Scherl-Verlag Berlin) und „Der Schrei unſerer in Avignon zurückgelaſſenen Kriegsgefangenen", von Reinhardt (Gerber-Verlag München).

Schülerſelbſtmord.

Von Paul Gutmann.

Von Zeit zu Zeit — meiſt in den Tagen unſerer ſchönſten Feſte — durchläuft eine Trauernachricht die deutſchen Zeitungen: da und dort hat ein junger Menſch aus Bedrängnis durch die Schule ſeinem Leben ein Ende gemacht. Der Zeitungsleſer, der an ſo viele Schreckniſſe ſeit einem Jahrzehnt gewöhnt iſt, lieſt darüber hinweg oder ſpricht mit ein paar kurzen Worten ſein Bedauern aus. Und doch vollziehen ſich hier Tragödien ſo grauenhafter, ſo unſinniger Art, daß es ein Frevel an unſerer Zukunft wäre, ſie zu überſehen. Denn die vereinzelte Tat, entſetzlich genug in ihrer Auswirkung, iſt ja nur der Blitz, der aus der mit Angſt und Ekel erfüllten Atmoſphäre der höheren Schulen aufzuckt. Nicht alle greifen zum äußerſten Mittel, aber die meiſten aus der Umgebung jener Lebensflüchtlinge ſind mit ähnlicher Unluſt erfüllt, wie ſie ſelbſt, haſſen die Schule mit ihrem mittelalterlichen Lehrplan, ihrer unwürdigen Behandlung, ſehen im „Pauker" ihren ſchlimmſten Feind. Ein Bildungsweſen, das ſolchen Ekel erzeugt, das in periodiſcher Wiederkehr ſolche Ergebniſſe zeitigt, iſt krank bis auf die Knochen. Und aus ihm gehen die meiſten höheren Beamten, die Leiter unſerer Geſchicke, unſere Juriſten, Gelehrten und wiederum die neuen Peiniger der Jugend hervor!

In den erſten Tagen der Republik ſah es aus, als ob Deutſchland mit einer neuen Geiſtigkeit erfüllt werden ſollte. In Verſammlungen und Vereinen wurde ein geiſtiger Frühling erhofft. Man vergaß über den Träumen einer von freier Menſchlichkeit beſtimmten Zukunft eine Zeitlang ſogar das wirtſchaftliche Elend. Jetzt iſt es umgekehrt. Zahlen und Bilanzen beherrſchen unſer Denken, aber von den Grundlagen jedes ſeeliſchen und daher auch leiblichen Wohlbefindens, der geiſtigen Erneuerung, iſt faſt nichts zu merken. Wo bleibt, um nur das Weſentlichſte zu nennen, die ſittliche Reform der höheren Schule? Es wird geſagt, daß eine neue Lehrergeneration nicht ſo ſchnell heranwachſe. Ja, wie ſoll ein neuer Baumwuchs gedeihen, wenn die alten morſchen Stämme ſtehen gelaſſen werden und mit ihrer Fäulnis jedes friſche Wachstum hemmen?

Es herrſcht kein Vertrauen auf der Schule zwiſchen Lehrern und Schülern. Der alte öde Pflichtbegriff erſtickt jede freudige Selbſttätigkeit. Der Lehrer iſt der Vorgeſetzte alten Stils, deſſen höchſtes Ziel iſt, Schrecken einzuflößen. Hier herrſcht das alte Preußen noch in ſeiner ganzen Seelenkälte. Es wird nicht an den Baum gebunden, aber es wird geprügelt, geſchimpft, gedroht. Lehrer und Direktoren ohrfeigen halberwachſene Menſchen. Wollt ihr Beiſpiele aus Groß-Berlin? Sie ſtehen zur Verfügung. Beim Militär hieß die äußerſte Drohung: „Wird erſchoſſen!" Hier lautet ſie: „Wird nicht verſetzt!" Die Willkür iſt groß. Auf den Nerven der durch die Zeit ohnedies mißhandelten jungen Menſchenpflanzen wird mit beinahe ſadiſtiſcher Grauſamkeit getrampelt. Die Verſetzung läßt der Willkür breiteſten Raum. Die Eltern wagen es nicht, gegen das Unrecht etwas zu unternehmen, denn ſie denken, es wird dadurch nur noch ſchlimmer. Mütter wiſſen ja ein Lied davon zu ſingen, wie ſie im Kaſernenhofton abgefertigt wurden. Man findet ſich ab und läßt die jugendliche Seele mit ihrem Groll und ihrer frühen Verzweiflung an der Menſchengüte und Gerechtigkeit allein fertig werden.

Wer iſt ſchuld an dieſem Syſtem? Wir alle. Wir laſſen uns nicht fünf Pfennig ohne Grund vom Lohn abziehen, aber wir ſehen tatlos zu, wenn unſere Kinder, über deren Seelen wir Rechenſchaft ſchulden, geiſtig und leiblich mißhandelt werden. Wem die Republik nicht in Fleiſch und Blut iſt, wer immer nur das Heil von der Obrigkeit erwartet, wer nicht das Unrecht bekämpft, dem iſt nicht zu helfen. Die Redensart, daß eine Beſchwerde nichts nützt, iſt der Troſt von Sklaven. Ihr habt zwei Dutzend Fürſten zum Teufel gejagt, aber ihr zittert vor der Schulzenſur. Wenn die Erbärmlichkeit dem einen oder anderen eurer Söhne einmal den Lebensmut zerbricht, wundert euch nicht. Der Schülerſelbſtmord iſt die Folge eurer Feigheit.

Speyers „Rugby" im Theater in der Königgrätzer Straße. Dem noch jungen, durch einige Romane ſchon einem größeren Leſerkreis bekanntgewordenen Verfaſſer ſchwebte wohl das Vorbild Shawſcher Komödien vor. Indes ihm mangelt wie die ſpieleriſch graziöſe Leichtigkeit der Laune uſw. die Kunſt, in allem bunten Durcheinander ſich überpurzelnder Einfälle doch irgendwie eine intimere Beziehung zu natürlich Möglichem und ſo bedeutſam Intereſſierendem mit anklingen zu laſſen. Er preßt und outriert in einer Weiſe, daß man die Empfindung nicht los wird, als ſagten die Perſonen in ihrem mehr oder minder geiſtreich pointiertem Dialoge vorgeſchriebene Lektionen her. Dieſem Alexander Buttler, der obendrein gar noch ein Gutsbeſitzer in der Mark ſein ſoll, fehlt jede näher individualiſierende Skizzierung, die ſeine verrückten erotiſchen Zukunftsdoktrinen einigermaßen glaubhaft machen könnten. Welch ein Abſtand zwiſchen ihm und etwa dem famoſen Doktor Jura des Bahrſchen „Konzert", deſſen gleichfalls alle eiferſüchtigen Regungen ſpitzfindig wegdemonſtrierende Liebesphiloſophie als Abdruck wirklicher Stimmungen und Geſinnungen ſo amüſant einwirkt. Von ſolchen Hintergründen, ſolchen Perſpektiven iſt dort nichts zu ſpüren. Seine Theorie der wahren Ehe, daß die Frau, um ihren Mann zu lieben, ihm erſt Hörner aufgeſetzt haben müſſe, erſcheint als ausgeklügelte Verdrehtheit, die nichts Lebendiges wiederſpiegelt und darum die Satire gar nicht lohnt. So wenig die Kaffeehaus- und Literaten-Atmoſphäre zum märkiſchen Landſitz, ſo wenig ſtimmen alle anderen Züge zueinander. Man hat den Eindruck abſoluter Willkür, die obendrein recht abſichtsvoll auf ſtark gepfefferte Pikanterien abzielt. Auch der Schauſpieler, der, von dem eiferſüchtigen Gemahl der nach ſeinen Theorien ſeiner höchſt koketten Gattin als Erſatzmann zugeführt, dann mit ſeinem eben erſt entdeckten unehelichen Sohne einen Boxkampf aufführt und ſchließlich, da die Dame als modiſches Weib im Grund doch keinen anderen als den Gatten liebt, düpiert abziehen muß, bleibt trotz mancher markanten Einzelwendungen im ganzen bloßes Schema. Das Stück, in dem die weibliche Hauptfigur von Erika Gläßner, der Mime von Herrn Steinrück glänzend dargeſtellt war, fand bei dem Publikum ſehr beifällige Aufnahme. M.

Die blaue Mazur. Mit dem tragiſchen Schlußpunkt von „Jettchen Gebert", mit der Flucht einer Braut in der Hochzeitsnacht, beginnt dieſe Léharſche Operette. Und dieſe in einem Unterhaltungsſtück doppelt unwahre Pointe zieht Dutzend andere nach ſich. Man traut dem Hörer ein bißchen viel Harmloſigkeit zu. Glücklicherweiſe plagt uns der Text nicht ſehr lange mit dem Rebus der „blauen Mazur". Das iſt natürlich ein Tanz, ſogar einer mit ſchickſalſchweren Schritten: von der Frau, mit der ein Mann die blaue Mazur tanzt, kommt er nicht mehr los. Und dieſer Tanz ſteht endlich, endlich in ſeiner wirkungsſicheren Miſchung aus Tokayer und Sekt am Schluß des Werkes. Der erſte Akt iſt lang wie einer aus dem „Parſifal", weinerlich und tränenfeucht, wie ein Henny-Porten-Film und heuchelt auch ſo ein bißchen Anzengruber-Alte-Leute-Innigkeit. Man teile ihn und kürze ihn, denn ſeine Müdigkeit ſteckt ſelbſt einen walzertollen Kerl wie den Léhar an. Den zweiten Akt möchte man zuerſt hören, er enthält ein paar Chanſons und Aufzüge von Charakter und enthält die prachtvoll hinwirbelnde Mazur, die auch in einem weniger ſchwachen Stück das ſtärkſte Stück ſein könnte. Mehr Luſtigkeit, meine Herren Textdichter! Was Schablone iſt, weiß auch Léhar, der ja zu zwei Dritteln ihr Vater iſt. Doch ſchüttelt ſeine Tanzlaune noch viel mehr Wiener Muſik heraus, als die hochpathetiſchen Allüren, die vielen Geigenſoli, die ſchmachtenden Flöten und dämmerigen Celeſta-Töne in ihrer Liebelei mit der Oper erwarten laſſen.

Im Metropol-Theater hält auch diesmal Friedmann-Frederich auf Qualität in Spiel und Aufmachung. Ja, das Orcheſter iſt ſogar geſchmeidig, locker, gut ſtudiert, gar nicht operettenhaft. Thielſcher kalauert alle mögliche Luſtigkeit ex tempore auf unſer Zwerchfell, und Veſpermann, der unzertrennliche, gelehrige, feſche Junge, hilft ihm. Vera Schwarz führt ihre Miſchrolle der tragiſchen Frau und der Soubrette mit Glanz und Bravour durch; der erſten Hälfte kommt ihre gut gebildete Stimme, der zweiten die feine Keckheit und das Temperament ihres Spiels und Tanzens zugute. Ihr Partner Albert Kutzner, immer wieder betörend, hübſch, ſchneidig, ſiegreich auf der ganzen Linie, die von den klappenden Hacken bis zum Kehlkopf und den glänzenden Augen führt. Und in zwei beſonders geratenen Soloſzenen tanzt ſich die keſche Grete Freund wieder in die Herzen ihrer tauſend Liebhaber im Parkett. Treptow und Böttcher: in diskreten Spiel gut am Platz. Léhar dirigierte mit beſonderer Liebe und Fertigkeit; er durfte ſich oft dankbar erfreut mit den Spielern zeigen.

K. S.

Ein Mammut-Globus. Der kürzlich verſtorbene engliſche Baumeiſter George Mowlem Burt beſchäftigte ſich in ſeinem Atelier zu Swanage Bay mit der Anfertigung von geographiſchen Anſchauungsmaterialien aus Stein. Darunter befindet ſich auch eine rieſige, aus dem Stein gehauene Landkarte von Südengland, die die Entfernung aller bedeutenden Plätze von Swanage aus in eingezeichneten Linien aufweiſt. Seine koloſſalſte Schöpfung aber iſt der große Stein-Globus, der über etwa 3½ Meter in der Höhe mißt, 40 Tonnen wiegt und in peinlichſter Ausführung der Einzelheiten alle Länder der Welt enthält. Der Rieſenglobus, der wohl einzig in der Welt daſtehen dürfte, wird am 6. April in London öffentlich verſteigert werden.

Staatsoper. Frau Sigrid Onegin, welche, wie bereits angekündigt, heute ihr erſtes Gaſtſpiel als Azucena im „Troubadour" abſolviert, wird noch am Donnerstag als Amneris in „Aida" und am Sonntag als Brangäne in „Triſtan und Iſolde" auftreten.

Leonore Ehn vom Kleinen Theater iſt von der Direktion des Roſe-Theaters für die Hauptrolle in Kotzebues Komödie „Die Stricknadeln" verpflichtet worden. Die Erſtaufführung findet am Mittwoch, den 30. d. M. ſtatt.

Unberufene Schützer deutſcher Ehre.

In der „Kreuz-Zeitung“ richtet Generalmajor a. D. v. Wrisberg eine offene Anfrage an die Reichsregierung. Er will wiſſen, was geſchehen iſt, um die Ententebehauptungen über die deutſchen Kriegsgreuel zu widerlegen. Gleichzeitig beſchwert er ſich, daß das von ihm verfaßte Werk über die feindlichen Kriegsgreuel nicht veröffentlicht worden iſt. Die Veröffentlichung müßte ſofort geſchehen, damit „unſere Ehre im Auslande wiederhergeſtellt“ werde, insbeſondere habe das ehemalige Feldheer ein Recht darauf, daß „die Regierung“ deutſche Ehre und deutſchen Ruf gegen niederträchtige, ehrabſchneideriſche Verleumdungen ſchützt und der Außenwelt zeigt, wie gemein ſich unſere Feinde im Kriege benommen haben.

Wir verbitten uns zunächſt energiſch, daß da, wo von deutſcher Ehre die Rede iſt, ſich die Ludendorff-Clique in den Vordergrund drängt. Wenn wirklich die deutſche Ehre und das deutſche Anſehen vor dem Ausland geſchützt werden ſollen, iſt es zunächſt nötig, daß die deutſchen Kriegshetzer ſich mucksmäuschenſtill verhalten. Wir fragen ferner, mit welchem Recht Generalmajor v. Wrisberg im Namen des Frontheeres redet. Etwa weil er ſich in ſeinem Bureau in der Wilhelmſtraße das E. K. I umgehangen hat? Daß die Regierung die Wrisbergſche Greuelpropaganda nicht herausläßt, iſt ſehr vernünftig, denn man bekämpft nicht den Teufel mit Beelzebub, nicht die Foch-Lüge mit der Ludendorff-Lüge.

Tatſache iſt, daß Greueltaten unter der Einwirkung der Kriegspſychoſe eine unvermeidliche Begleiterſcheinung des modernen Krieges und von allen Seiten begangen worden ſind. So wenig Grund wir haben, uns als Barbaren beſchimpfen zu laſſen, ſo wenig Grund haben wir zu leugnen, daß ſich auch in unſerem Millionenheere genau wie in den Millionenheeren der Gegner Subjekte von Offzieren und Soldaten befunden haben, die Ausſchreitungen und Verbrechen begingen. Bei den Gegnern iſt das nicht anders geweſen, ſie ſind deswegen ebenſowenig in Bauſch und Bogen zu verurteilen wie wir. Immerhin iſt das, was unter der direkten Kriegseinwirkung an der Front geſündigt worden iſt, erträglich und verzeihlich gemeſſen an der vergiftenden Hetzarbeit, die weit, weit hinter der Front in geſicherten Bureaus und Schreibſtuben geleiſtet wurde. Dieſe Einmiſchung der Hetzbureaus verbittet ſich der Frontſoldat, ſonſt nichts! Verſtehen Sie, früherer Direktor des allgemeinen Kriegsdepartements, verſtehen Sie, Herr v. Wrisberg?

Maßnahmen gegen die Sanktionen.

Vor wenigen Tagen fand im Reichswirtſchaftsminiſterium eine Beſprechung mit den Chefs der wirtſchaftlichen Reſſorts der Länder ſtatt, zu der auch die Vertreter der beteiligten Reichsminiſterien hinzugezogen waren. Unter anderem waren erſchienen: Der preußiſche Handelsminiſter Fiſchbeck, der bayeriſche Handelsminiſter Hamm, der ſächſiſche Miniſterpräſident Buck, der württembergiſche Arbeitsminiſter Schall und der braunſchweigiſche Staatsminiſter Antrick. Außer der wirtſchaftlichen Lage im allgemeinen wurde insbeſondere die Auswirkung der Gewaltmaßnahmen der Entente auf die deutſche Wirtſchaft beſprochen.

Der Reichswirtſchaftsminiſter Dr. Scholz gab einleitend einen Ueberblick über den gegenwärtigen Stand der Ernährungslage, des Arbeitsmarktes, der Kohlenförderung und der Verkehrsverhältniſſe. Er wies insbeſondere auf die ſtarke Paſſivität unſerer Handelsbilanz hin. Im Jahre 1920 betrug die Ausfuhr etwa 5 Milliarden Goldmark, während die Einfuhr im gleichen Zeitraum 7,5 Milliarden Goldmark erreichen dürfte. Zur Frage der Sanktionen erklärte der Reichswirtſchaftsminiſter, daß der Rechtsſtandpunkt der Reichsregierung unverrückbar ſei. Einen Rechtsgrund habe die Entente für ihre gegen das deutſche Wirtſchaftsleben gerichteten Maßnahmen nicht. Gegenüber einer ſich etwa ſteigernden Arbeitsloſigkeit, welche die Folge der Sanktionen ſein könne, ſei eine ſtarke Behebung des Baumarktes erforderlich. Der Wiederaufbau der Handelsflotte, für den der Reichstag ſoeben die Mittel bewilligt habe, ferner der Ausbau der Waſſerſtraßen nach ihrem Uebergang auf das Reich und die Verſtärkung der Betriebsmittel der Eiſenbahnen würden ebenfalls geſteigerte Arbeitsmöglichkeiten ſchaffen. Hinſichtlich der Regelung der Ein- und Ausfuhr werde es notwendig ſein, die Luxuseinfuhr fernzuhalten, unſere Ausfuhr dagegen möglichſt zu erleichtern. Die Reichsregierung ſei bereits zuſammen mit dem Reichswirtſchaftsamt in eine Prüfung eingetreten, inwieweit eine derartige Erleichterung etwa durch Ausbau der Ausfuhrkontrolle bei der Ausfuhr möglich ſein werde. Der Miniſter ſtellte nunmehr folgende Einzelfragen zur Erörterung:

Die 50prozentige Ausfuhrabgabe, die Rheinlandfrage und die zu ergreifenden Gegenmaßnahmen. Hinſichtlich der 50prozentigen Abgabe ſtellten ſich insbeſondere der preußiſche Handelsminiſter und die Vertreter von Bayern, Thüringen und Hamburg auf den Standpunkt, daß von einer Erſtattung der von den beteiligten Ententeſtaaten einbehaltenen 50 Proz. durch das Reich für die Zukunft nicht die Rede ſein dürfe. Ob und inwieweit wegen der laufenden Verträge den beteiligten Firmen eine Unterſtützung zu gewähren ſei, bedürfe noch einer weiteren Prüfung. Dieſer Standpunkt fand die einmütige Zuſtimmung der Verſammlung.

Bezüglich der für das beſetzte Rheinland geſchaffenen Lage ging die Anſicht dahin, daß eine genaue Beobachtung der weiteren Entwicklung erforderlich iſt. Um die erforderlichen Maßnahmen ſchneller treffen zu können, und andererſeits eine Stelle zu ſchaffen, bei der alle hiermit zuſammenhängenden Fragen einheitlich bearbeitet würden, hat das Reichskabinett bekanntlich beſchloſſen, den Poſten eines beſonderen Staatsſekretärs für das beſetzte Gebiet einzurichten. Die Reichsregierung beabſichtigt ferner, ſofort eine Verordnung zu erlaſſen, durch die der Reichskommiſſar für Aus- und Einfuhrbewilligung ermächtigt wird, für den Warenverkehr von und nach Gebieten, in denen er die Anwendung der deutſchen Ein- und Ausfuhrbeſtimmungen durch die Beſatzungsbehörden für beeinträchtigt hält, Vorſchriften zu erlaſſen. Die Ausſprache ergab in allen weſentlichen Punkten die völlige Uebereinſtimmung der Wirtſchaftsreſſorts des Reiches und der Länder.

Deutſchlands Flugzeugbau bedroht.

Der Vorſitzende der Interalliierten Luftfahrt-Kontrollkommiſſion hat am 17. März das Auswärtige Amt um Mitteilung gebeten, ob die deutſche Regierung ſeither ihre Anſicht über die „in Widerſpruch mit der Entſcheidung von Boulogne“ erfolgende Herſtellung von Luftfahrgerät geändert hat. Er lege Wert darauf, genau darüber unterrichtet zu ſein, ob die Herſteller von Luftfahrgerät auch jetzt noch bei ihren fortgeſetzten „Zuwiderhandlungen“ gegen die Entſcheidungen der Entente die Unterſtützung ihrer Regierung genießen.

Das Auswärtige Amt hat darauf am 26. März geantwortet, die deutſche Regierung ſtehe nach wie vor auf dem Standpunkt, daß der Vertrag von Verſailles den alliierten Regierungen nicht das Recht gibt, eine Verlängerung der am 10. Juli 1920 abgelaufenen Sperrfriſt für den Bau und die Einfuhr von Luftfahrzeugen und Luftfahrtmaterial zu fordern. Der deutſche Standpunkt iſt in der Denkſchrift vom 29. Juli und in der Note an die Botſchafterkonferenz vom 14. Dezember 1920 eingehend begründet. In der Note vom 14. Dezember iſt für den Fall, daß die Alliierten die Berechtigung dieſer Gründe nicht anerkennen ſollten, vorgeſchlagen worden, die Angelegenheit einem Schiedsgericht zu unterbreiten. Darauf iſt keine andere Antwort ergangen, als die Wiederholung der Aufforderung, dem Beſchluſſe der Konferenz von Boulogne nachzukommen. Auf Deutſchlands Gründe gegen die Berechtigung dieſes Beſchluſſes wird mit keinem Wort eingegangen, ebenſowenig eine Aeußerung zu der Frage des Schiedsgerichts getan. Das Auswärtige Amt wiederholt daher den Vorſchlag, ein unparteiiſches Schiedsgericht mit der Prüfung und Entſcheidung des Streitfalles zu beauftragen und bittet dies zur Kenntnis der Botſchafterkonferenz zu bringen.

Die Not der Kriegsblinden.

Vom Reichsarbeitsminiſterium erhalten wir folgende Zuſchrift, die wir nach dem Grundſatz, daß man auch den anderen hören ſoll, wiedergeben:

In der Nummer 2 der von der Redaktion des „Vorwärts“ unter der Bezeichnung „Die Wählerin“ herausgegebenen „Blätter zum Wahlkampf in Preußen“ wurde am 16. Januar 1921 ein Aufſatz mit der Ueberſchrift „Die Not der Kriegsblinden“ veröffentlicht. Die darin gegebene Darſtellung mußte den Eindruck erwecken, daß die wirtſchaftliche Not der Kriegsblinden ein erſchreckend hohes Maß erreicht hätte, ohne daß die mit der Fürſorge betrauten amtlichen Stellen in der Lage wären, die notwendige Abhilfe zu ſchaffen.

Die von mir eingeleiteten Ermittlungen haben gezeigt, daß die in dem Aufſatz gegebene Schilderung ſowohl der Vorgänge auf dem Landratsamt in Höchſt als auch der allgemein wirtſchaftlichen Lage der in bezug genommenen beiden Kriegsblinden nicht zutrifft. Die von der zuſtändigen Hauptfürſorgeſtelle für Kriegsbeſchädigte und Kriegshinterbliebene im Regierungsbezirk Wiesbaden abgegebene Aeußerung ergibt vielmehr, daß die beiden Kriegsblinden Georg H. und Georg E. aus Soſſenheim, um die es ſich im vorliegenden Falle handelt, durch Vermittlung der amtlichen Fürſorgeſtelle in den Farbwerken Höchſt a. Main ſeit längerer Zeit eine angenehme Beſchäftigung gefunden haben und die gleichen Bezüge wie jeder vollwertige Arbeiter erhalten. Daneben iſt ihnen von der amtlichen Fürſorgeſtelle wiederholt mit Unterſtützungen geholfen worden. So hat der Kriegsblinde H. während mehrerer Monate eine laufende Unterſtützung von 200 M. erhalten. Dem Kriegsblinden E. wurde überdies mit Rückſicht auf die nach dem Reichsverſorgungsgeſetz vom 12. Mai 1920 zu erwartende höhere Rente ein Vorſchuß von 1000 M. bewilligt. Beide Kriegsblinde haben niemals über eine Notlage, wie ſie in dem Aufſatz geſchildert wurde, geklagt.

Was den beſonderen Fall der an den Kriegsblinden H. gelieferten Säuglingswäſche anbetrifft, ſo durfte dieſe nach den für die Kreisfürſorge in Höchſt geltenden Beſtimmungen nicht ohne weiteres koſtenlos abgegeben werden. Der geforderte Preis von insgeſamt 21 M. für 3 Hemdchen, 3 Jäckchen und 3 Windeln war jedoch denkbar niedrig bemeſſen. Er wurde auch nicht etwa, wie der Aufſatz ſagt, auf die Rente in Anrechnung gebracht, ſondern ſollte von dem bereits erwähnten monatlichen Zuſchuß der Fürſorgeſtelle in Höhe von 200 M. abgezogen werden. Da dieſer Zuſchuß eine freiwillige Leiſtung zur allgemeinen Hebung der Wirtſchaftslage darſtellte, ſo hätten an ſich keine Bedenken gegen die Anrechnung einer derartigen Sachleiſtung beſtanden. Trotzdem iſt dem H. auch die Bezahlung dieſes kleinen Betrages erlaſſen worden.“

Wir ſchreiben heute den 24. März. Die vom Arbeitsminiſter angefochtene Mitteilung erſchien am — 16. Januar! Zwiſchen beide Daten kann ſich einiges ereignet haben. Zum Beiſpiel, daß die Rechnung für die Babywäſche erlaſſen worden iſt. Das iſt uns ſeinerzeit ſchon als ein erfreulicher Erfolg jener Notiz gemeldet worden, wir ſind aber nicht ruhmſüchtig genug, um es gleich in alle Winde zu poſaunen.

Notſchrei eines Kleinpächters.

Dem Sekretariat der ſozialdemokratiſchen Reichstagsfraktion wird von dem Pächter eines Bauernhofes nachfolgender Notſchrei unterbreitet:

Bis zum Jahre 1916 hatte ich einen länger laufenden Pachtvertrag und zahlte 20 M. Pacht pro Morgen, zuſammen 500 M. jährlich. Daneben habe ich ſämtliche Steuern und Laſten zu tragen. 1916 wurde die Pacht von den Erben Müller auf 1000 M. und anfangs 1920 auf 1800 M. jährlich, alſo auf 72 M. pro Morgen erhöht. Im Juni 1920 wurde mir kurzer Hand der Hof zum 1. Mai 1921 aufgekündigt. Auf meine Vorſtellung bei dem Vertreter der Erben Müller, dem Rechtsanwalt Dr. Raffauf in Düſſeldorf-Gerresheim, wurde ein höherer Pachtzins verlangt. Ich bot darauf 2000 M. und wäre bis 3000 M. gegangen. Nachricht erhielt ich nicht und hörte dann nach einiger Zeit, daß der Hof für 5000 M. an den Metzgermeiſter Pudenz in Düſſeldorf-Gerresheim, einem im Kriege reich gewordenen Mann, verpachtet worden wäre. Somit muß ich am 1. Mai 1921 den Hof verlaſſen. Ich bin von Beruf Landwirt und jetzt 59 Jahre alt und kann einen anderen Beruf nicht mehr ergreifen. Ich habe 10 Kinder im Alter von 6 bis 25 Jahren, von denen der älteſte Sohn 2½ Jahre im Felde war. Mit Ausnahme einer verheirateten Tochter ſind alle Kinder bei mir auf dem Hofe und wollen auch in der Landwirtſchaft bleiben.

Ich ſehe ſchon voraus, daß ich am 1. Mai mit meiner großen Familie einfach auf die Straße geſetzt werde, nur weil ein Kriegsgewinnler jeden geforderten Preis zahlen kann. Mit großer Bitterkeit erfüllt es mich, daß ſo etwas möglich iſt, nachdem ich ſeit 27 Jahren Pächter des Hofes bin. Helfen kann mir nur eine ſchleunige Aenderung der Pachtſchutzordnung, und zwar in der Weiſe, daß deren Beſtimmungen auch auf Grundſtücke von über 2,5 Hektar Größe Anwendung finden.

Ich war vor einigen Monaten in Köln in einer großen Verſammlung von Pächtern, in der allgemein über die maſſenhafte Kündigung von Pachtverträgen und über eine ungeheuerliche Steigerung der Pachtpreiſe geklagt wurde. Wenn berückſichtigt wird, daß nicht weniger als 17 Proz. unſerer geſamten landwirtſchaftlichen Betriebe reine Pachtbetriebe ſind, ſo erkennt man, welches große Intereſſe die Allgemeinheit daran hat, daß die Pachtpreiſe auf einer angemeſſenen Höhe bleiben, andernfalls würde ein allmählicher Abbau der Preiſe für Nahrungsmittel einfach unmöglich ſein.

Wir geben dieſen Notſchrei eines kleinen Landwirts hier wieder, damit die Agrarier, die kürzlich in Berlin Zirkusvorſtellungen gaben, ſich überzeugen können, wo die wirklichen „Feinde der Landwirtſchaft“ zu finden ſind. Das Geld, das bekanntlich nicht ſtinkt, auch wenn es aus Blut und Tränen der Kriegsjahre gewonnen wurde, iſt bekanntlich eine Ware, die von den Agrariern verabſcheut wird, wie die Peſt

Schleswig-Holſtein im Staatsrat.

Wie uns aus Kiel gedrahtet wird, wählte der am Dienstag tagende Provinziallandtag als Vertreter Schleswig-Holſteins in den Staatsrat den Genoſſen Rechtsanwalt Spiegel, Kiel; als Vertreter unſeren Genoſſen Bürgermeiſter Brauer, Altona; von bürgerlicher Seite: Oberbürgermeiſter Dr. Bodſen, Flensburg, und Generallandſchaftsdirektor Raſtorf.

Groß-Berlin

Schlechtes Oſterwetter.

Am Sonnabend noch ſchien die Sonne ſo warm, fröhliches Oſterwetter verheißend. Aber Petrus iſt immer ein launiſcher Geſelle geweſen: ehe man ſich's verſah, ſchlug das Wetter um und viele, denen der Alltag keine Zeit zur Erholung gewährt, blieben wenig erbaut daheim, ſo daß die Wirte in den bekannten Ausflugsorten nicht auf ihre Rechnung kamen. Freilich manche Wandervögel haben ſich durch Sturmwind und peitſchenden Regen nicht abhalten laſſen, ins Freie hinauszuziehen. Aber auch unter ihnen wollte meiſt keine rechte Fröhlichkeit aufkommen, und ein heimwärtsziehender Trupp ſang dem alten wetterwendiſchen Himmelswächter zum Aerger

Bald's regnet, iſt's naß,
Bald's ſchneit, iſt's weiß,
Was andre Leut' ärgert,
Das tut er mit Fleiß.

Aber ſchließlich iſt ſchlechtes Wetter beſſer wie gar keins, und es bleibt ja noch die Hoffnung auf Pfingſten.

Vielleicht hat ſich Petrus auch durch das tolle Treiben der Kommuniſten die gute Laune verderben laſſen. In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag in Charlottenburg die Brücke im Zuge der Holtzendorffſtraße in die Luft fliegen, es gab jedoch nur eine geplatzte Retirade und viele zerbrochene Fenſterſcheiben der umliegenden Häuſer.

Sängermorgenſprache der S.P.D.-Chöre.

Am Oſterſonntag hatten ſich die SPD.-Chöre Groß-Berlins im Lehrervereinshaus verſammelt, um im Maſſenchor und im Einzelwettſtreit zu zeigen, was die Chöre in der kurzen Zeit ihres Beſtehens gelernt haben. Für die Genoſſen, die da wiſſen, was die Kampflieder der Arbeiterſchaft für unſere feſtlichen Veranſtaltungen bedeuten, war es eine Freude, den trefflichen Leiſtungen der zum Teil recht ſtarken Chöre zu lauſchen. Nachdem wir dank dem leidigen Bruderſtreit in den letzten Jahren nur recht gelegentlich einen größeren Arbeitergeſangverein bei unſeren Feſtveranſtaltungen zu Gaſte hatten, kann die Sozialdemokratiſche Partei Groß-Berlins in Zukunft durch ſelbſtgeſchaffene Chöre ihre Feſte verſchönen. Bei ihren Vorträgen zeigten die einzelnen Chöre, daß ſie nicht nur auf Tendenzlieder eingeſtellt ſind, ſondern daß auch das Volkslied und die ernſte Muſik bei ihnen ſorgliche Pflege findet. Wir wollen aus der Fülle des Gebotenen keinen Verein beſonders herausgreifen. Nur eine Ausnahme möchten wir mit der Erwähnung des Frauenchores „Frohſinn“-Charlottenburg machen. Die recht ſtattliche Schar weiblicher Sänger zeigte uns, daß auch bei den ſozialdemokratiſchen Frauen das Volkslied ſorgliche Pflege findet. Die geſanglichen Darbietungen fanden den lebhafteſten Beifall der zahlreichen Zuhörerſchaft.

Geſchäftstüchtige Muſeumsdiebe.

Dem Treiben zweier Muſeumsdiebe konnte die Kriminalpolizei am Oſterſonntag ein Ende bereiten. Zwei frühere Kaufleute Siegfried Bohm und Adolf Klages, die ſich zunächſt auf den Warenhausdiebſtahl gelegt hatten, dabei aber abgefaßt und zu längeren Strafen verurteilt worden waren, hatten nach ihrer Entlaſſung aus der Strafanſtalt ihre Spezialität gewechſelt und ſich auf den Muſeumsdiebſtahl gelegt. Sie ſuchten zunächſt das Muſeum für Völkerkunde auf und ſtahlen dort Altertümer, für die ſie in Antiquitätengeſchäfte gute Abnehmer fanden. Nicht weniger als zehnmal wiederholten ſie ihren Beſuch in dieſem Muſeum, dann wurden ſie einige Zeit Stammgäſte des Kaiſer-Friedrich-Muſeums. Die Diebſtähle waren ſo lohnend geworden, daß ſie nun auch Reiſen nach auswärts unternehmen konnten. Dabei hatten ſie zuletzt die Künſtlerhalle in Hamburg heimgeſucht und dort ein koſtbares Gemälde geſtohlen. Dieſer Diebſtahl aber wurde ihnen zum Verhängnis. Als ſie damit auf dem Lehrter Bahnhof ankamen, wurden ſie von Kriminalbeamten angehalten und verhaftet.

Ein räuberiſches Ehepaar. Am 18. d. M. wurde die Witwe Müller aus der Niebuhrſtraße 19 zu Charlottenburg überfallen, gefeſſelt, geknebelt und beraubt. Als Täter wurden der Uhrmacher Heinrich Selter und ſeine Frau feſtgenommen. Beide ſind geſtändig, den Ueberfall ausgeführt zu haben. Frau Selter hatte bei der Witwe Müller geklingelt, und als dieſe öffnete, war ihr Mann, der ſich auf der Treppe verſteckt hatte, mit in die Wohnung eingedrungen. Die Frau wurde geknebelt und das räuberiſche Ehepaar raubte eine Kaſſette mit Schmuckſachen.

Billigeres Feinmehl.

Nachdem die Wochenmenge des für Haushaltszwecke abgegebenen amerikaniſchen Weizenmehls (Kochmehls) im Februar auf 200 Gramm erhöht worden iſt, wird mit Wirkung vom 16. März 1921 ab die Ausmahlung dieſes Mehls auf 70 Proz. herabgeſetzt. Gleichzeitig wird infolge günſtigerer Einkäufe der Preis den Kommunalverbänden mit nur 6,25 Mk. für das Kilogramm berechnet. Die Kommunalverbände ſind angewieſen, die Zuſchläge zur Deckung ihrer Unkoſten und für den Kleinhändler auf das Notwendigſte zu beſchränken, damit der Verbraucher für ein Pfund amerikaniſchen Weizenmehls möglichſt nicht mehr als 3,50 Mk. zu zahlen hat. Wer wird da noch Schleichhandelsmehl kaufen?

Tödliche Straßenunfälle.

Ein Kraftwagen der Zigarettenfabrik Batſchari überfuhr am Sonnabend das ſiebenjährige Kind Lautenſchläger in der Friedrichſtadt. Man ſchaffte das Kind nach der Rettungsſtelle in der Kronenſtraße, wo aber nur noch der inzwiſchen eingetretene Tod feſtgeſtellt werden konnte. Den Führer des Wagens trifft keine Schuld. — Vor dem elterlichen Wohnhaus Siegfriedſtr. 5 wurde die Schülerin Elſe Neumann von einer Elektriſchen überfahren und ſo ſchwer verletzt, daß ſie bald darauf verſtarb. — Als Sonntag früh der Wächter Fritz Gerth mit einem Handwagen die Heerſtraße entlang fuhr, bemerkte er in der Nähe des Bahnhofes Heerſtraße einen jungen Mann von 18—20 Jahren, der in einer großen Blutlache auf der Straße lag. Er benachrichtigte die Sophie-Charlotten-Wache der Schutzpolizei, die den Verletzten zur Rettungswache brachte. Hilfe war aber nicht mehr möglich; der Tod war bereits eingetreten. Allem Anſchein nach iſt der junge Mann, der Papiere auf den Namen eines Arbeiters Reeder von der Verſandabteilung der Reichsdruckerei bei ſich hatte, von einem Kraftwagen überfahren worden.

Ein blutiger Mieterſtreit.

Das 19jährige Frl. Borth, das bei dem Kraftwagenführer Willi Schloſſer im Hauſe Körnerſtr. 1 wohnt, lebte ſeit einiger Zeit mit ihrem Wirt in Zwieſpalt, weil er ihr ein anderes Zimmer, das ſie gern gehabt hätte, nicht abtreten wollte. In der Nacht auf Sonntag kam es erneut zu Auseinanderſetzungen, in deren Verlauf Schloſſer ſich auf ſeine Mieterin ſtürzte, die unter lauten Hilferufen zu flüchten verſuchte. Er verſetzte ihr einen Stich in den rechten Oberſchenkel, durch den ſie ſchwer verletzt wurde. Auf ihr Hilfegeſchrei eilte ihr 27jähriger Bruder herbei, der ſich ſofort auf Schloſſer ſtürzte und ihn durch ſieben Meſſerſtiche lebensgefährlich verletzte. In hoffnungsloſem Zuſtande wurde Schloſſer nach dem Krankenhauſe am Friedrichshain geſchafft.

Zur Verteuerung noch Beläſtigung. Der Abſender eines Telegramms hat künftig ſtets ſeinen Namen und ſeine Wohnung auf der Telegrammurſchrift anzugeben.

Gewerkſchaftsbewegung

Die ſtreikenden Handelshilfsarbeiter.

Der Streik der Handelshilfsarbeiter und -arbeiterinnen in den Kauf- und Warenhäuſern und Spezialgeſchäften dauert unverändert weiter. Die Arbeitgeber rechneten beſtimmt damit, daß am Donnerstag eine große Anzahl Streikender ſich wieder zur Arbeit melden werde, weil in den den Streikenden zugegangenen Kündigungsſchreiben die friſtloſe Entlaſſung angedroht wurde, falls die Arbeit nicht bis zum 24. März aufgenommen wird. Die Streikenden haben ſich aber dadurch nicht beunruhigen laſſen. Sie ſind vielmehr feſt entſchloſſen, den Kampf bis zum Erfolg durchzuführen. — Mit welcher Erbitterung und Energie der Kampf geführt wird, zeigt am deutlichſten, daß viele von den Streikenden 30 Jahre und länger, in einem Fall ſogar 50 Jahre, bei den Firmen beſchäftigt ſind und trotz der Androhung der friſtloſen Entlaſſung ſich nicht beängſtigen ließen. Geradezu muſtergültig ſtehen die 600 Streikenden der Firmen R. Hertzog und N. Iſrael, von denen faſt die Hälfte über 20 Jahre in den Betrieben beſchäftigt ſind. Das kaufende Publikum hat bereits regen Anteil an dieſer Bewegung genommen, da das Recht auf ſeiten der Arbeitnehmer liegt. Die Arbeitgeber haben den Schiedsſpruch abgelehnt, die Arbeitnehmer dagegen angenommen. Vor den einzelnen Kauf- und Warenhäuſern ſind Streikpoſten aufgeſtellt, rote Schilder machen das kaufende Publikum auf den Streik aufmerkſam. Zu irgendwelchen Störungen iſt es nicht gekommen. Die Arbeitgeber ſuchen durch Annoncen in den Zeitungen und auf den Arbeitsnachweiſen Arbeitskräfte, denen ſie bis 300 M. pro Woche anbieten. Ein Beweis, daß ſie wohl in der Lage ſind, höhere Löhne zu zahlen, haben ſich doch die Streikenden nach Abzug der Steuerbeträge bisher durchſchnittlich mit der Hälfte begnügen müſſen. In einigen größeren Firmen iſt am Sonnabend, nachdem eine Verſtändigung erzielt wurde, die Arbeit geſchloſſen wieder aufgenommen worden. Man rechnet, daß die Bewegung in den nächſten Tagen noch einen größeren Umfang annehmen wird, da am 31. März der Tarifvertrag der kaufmänniſchen Angeſtellten abläuft.

Der „Generalſtreik" in der Knorrbremſe.

Gegenüber dem von den Kommuniſten am Freitag gefaßten Beſchluß, in den Generalſtreik zu treten, fordern wir unſere Genoſſen auf, heute, Dienstag früh, die Arbeit fortzuſetzen.

Der SPD.-Fraktionsvorſtand.

Gewerkſchaftsmitglieder!

Für die Vorſtellung „Der Herr Senator", Luſtſpiel von Fr. v. Schönthan, im Luſtſpielhaus, Friedrichſtr. 236 (nahe dem Halleſchen Tor), können für Sonntag, den 3. und 10. April, nachmittags 3 Uhr, Karten zu ſtark ermäßigten Preiſen in unſerm Bureau Engelufer 15 I, Zimmer 15, von heute ab werktäglich 4½ bis 7 Uhr nachmittags entgegengenommen werden.

Deutſcher Transportarbeiterverband. Dienstag, den 29. März, vormittags 10 Uhr, Verſammlung der ſtreikenden Handelshilfsarbeiter im „Gewerkſchaftshaus". Die Abſtempelung der grünen Kontrollkarten erfolgt in der Streikverſammlung.

Aus aller Welt.

Das Konſtruktionsgeheimnis der Zeppeline ſoll in Pittsburg, Nordamerika, aufgedeckt worden ſein. Na, wenn ſchon! Die Franzoſen hätten übrigens ſchon vor dem Kriege Gelegenheit dazu gehabt, als ein Zeppelin nach Luneville abgetrieben und dort einige Zeit zurückgehalten wurde.

Verantw. für den redakt. Teil: Dr. Werner Peiſer, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanſtalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenſtr. 3.

Limanol vorzüglich
bei rheumatischen Erkrankungen
Zu haben in den Apotheken

Soennecken
Eilfedern
Für schnelles Schreiben
F. SOENNECKEN BONN
Ueberall erhältlich
F. Soennecken · Bonn
Berlin W 8, Taunenstr 16/18

Admirals-Palast
¾8 Die roten Schuhe
Morg. 7½ Flirt in St. Moritz

Circus Busch
Sarrasani
Täglich 7 Uhr; heute auch 3 Uhr nachmittags
Prärie und Pußta
Vorverk.: Circuskasse u. Tietz

Steidl
Moritzplatz
früher Buggenhagen
Dir. S. Wreschinski
7½ Täglich d. allbeliebt. 7½
Fritz Steidl-Sänger
Zum Schluß:
Erlebnisse eines Verstorbenen
Ulkiade von Fritz Steidl
Eintritt inkl. St. v. 1.10—6.50
Vorverkauf von 1 — 1 Uhr

SORRENT
Hochbahnhof Schles. Tor
Ein Abenteuer in Atlantic
mit G. Birkholz v. Residenz-Theater in Berlin u. Cläre Fröhlich v. Trianon-Theater in Berlin. Dazu der große Varieté-Spielplan
Im ersten Stock:
Entzückende Tanz-Diele
an einigen Wochentagen noch an Vereine und geschlossene Gesellschaften zu vergeben

Residenz-Kasino
Blumenstr. 10
Täglich: BALL

Kenner **K**auen **K**apitän **K**autabak
Zu haben in den meisten Zigarren-Geschäften.
General-Vertrieb:
C. Becker, Berlin
Lichtenberger Straße 22
(Kgst 3864)

Pianos
gebrauchte, neue, Auswahl
Stets billigste Gelegenheitskäufe.
Pianohaus Neufindt
Alexanderstr. 37
gegenüber Polizeipräsidium

Metallankaufsstelle
Osten, Grüner Weg 80
zahlt Tagespreise für
Kupfer, Messing, Blei, Zink etc.

Blei u. Zinn
Altmetalle kauft zu hoh. Preisen Zinnschmelze
Prinzessinnenstr. 17 Mpl 14629

Zinn u. Blei
sowie alle Altmetalle kaufen zu Tagespreisen
Metallschmelzwerke,
Waldemarstr. 74.
Telephon: Moritzplatz 9065

Spezialarzt
f. Syphilis, Harn-, Frauenleid., Schwäche, Salvarsankuren. Behandlg. schnell sicher u. schmerzlos ohne Berufsstör. in Dr. Homeyer & Co. konz. Labor. für Blutuntersuch. (Wa.) f. Harn usw.
Friedrichstr. 81, gegenüb. Panoptik.
Königstr. 56-57, gegenüb. Rathaus.
11–1 u. 5–8, auch Sonnt. 10–1
Honorar mäßig, auch Teilzahl. Separ. Damenzimmer

SPEZIALARZT
Dr. med. COLEMAN
Friedrichst. 91-92, n. Bahnh.
Haut-, Geschl.-, Frauenleid.
Sexuelle Neurasthenie.
Spr. 10-1, 5-8. Sonnt. 10-12

Schöne Augen
machen unwiderſtehlich.
Strahlender Glanz der Augen, ausdrucksvoller Blick d. Reichels Venetian. Augenwaſſer. Dunkle Schatten, gerötete Lidränder verſchwinden. Ärztl. begutachtet u. garant. unſchädl. Fl. 9.— u. 15.—.
Otto Reichel, Berlin 43, SO, Eiſenbahnſtr. 4.

Sämtliche Altmetalle zahlen Ueberpreiſe
Gebr. Wolfmann, Zehdenicker Straße 21.

Stellenangebote

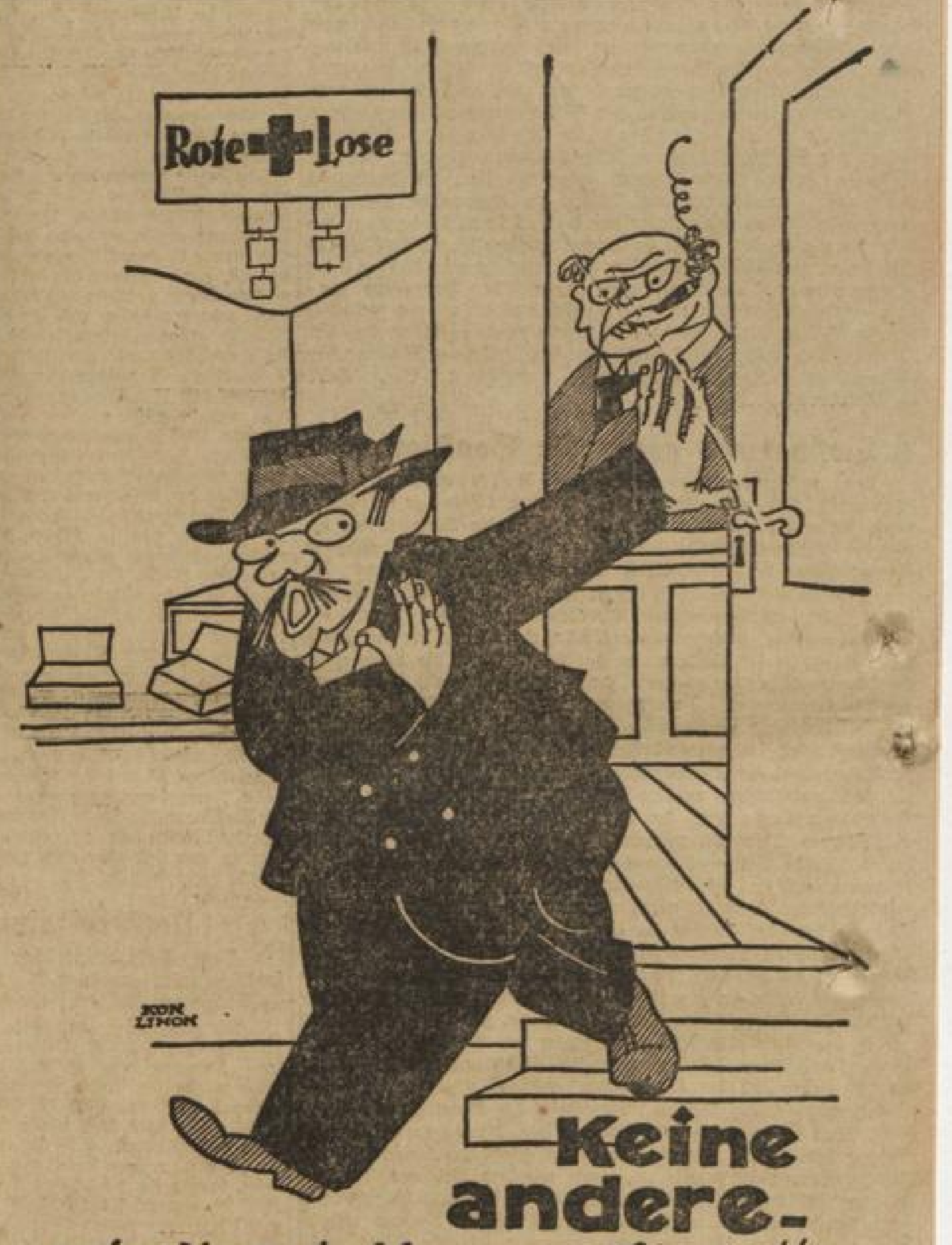
Elektromonteure
können ſich regelmäßigen Nebenverdienſt durch Nachweis von Motorreparaturen, Wicklungen und Transformatoren-Umſchaltung ſichern. Offerten unter P. O. 9293 durch Invalidendank, Berlin W 8.

Trabrennen in Mariendorf
Mittwoch, den 30. März, nachmittags 1½ Uhr:
8 Rennen
Gesamtpreise: M. 107 000.-

Jeder Eisenbahner
der vorwärts ſtrebt und nach dem Grundſatz „Freie Bahn dem Tüchtigen" ſich durch einſchlägige Fachliteratur fortbilden will
lieſt
zur Vervollkommnung ſeiner Berufskenntniſſe unſere konkurrenzloſe Fachzeitſchrift
Die Eiſenbahnfachſchule
Amtliches Organ
des Verbandes Deutſcher Eiſenbahnfachſchulen und techniſche Zeitſchrift für alle Eiſenbahner
Intereſſante Artikel. Lehrreiche Abhandlungen
Aus dem Inhalt: Demokratiſierung im Eiſenbahnweſen. — Die Entwicklung der Siemens-Werke. — Neuerungen im Signalweſen. — Lokomotivkeſſel mit Ueberhitzer. — Waſſerſtandsanzeiger. — Elektriſches Schweißen in Eiſenbahnwerkſtätten. — Der Luftdruck, das Barometer. — Die Verwendung von Kohlenſtaub für Lokomotiv-Feuerbüchſen. — Der Lokomotivkeſſel. — Die Telegraphie. — Elektriſche Schnellbahnen — und vieles andere mehr.
Bezugspreis direkt vom Verlag unter Kreuzband Mark 5.— pro Vierteljahr, durch die Poſt bezogen Mark 4.— zuzüglich Mark 0.90 Beſtellgeld.
Verlangen Sie koſtenlos Probenummern.
Für Vereine billiger. Für Vereine billiger.
Anerkannt vorzügl. wirkungsvolles Inſertionsorgan.
Inſerate in der „Eiſenbahnfachſchule" haben den größten Erfolg; die Leſerſchaft ſetzt ſich nachweisbar aus den Eiſenbahnbehörden, ſowie ca. 20 000 Hörern der Eiſenbahnfachſchulen zuſammen. An über 100 Schulen im ganzen Reiche verbreitet. — Man verlange Offerte
Verlag A. Wesemann, Berlin SW., Königgrätzer Straße 109.
Tel. Kurfürst 4015. Postsch. Berlin 38475. Telegr. [illegible]

Unreines Blut
und dessen Folgeerscheinungen wie Hautjucken, Hautkrankheiten jed. Art, Gesichtspickel werden beseitigt durch Anwendung einer Frühjahrskur mit
Dr. Hoffbauer's ges. gesch.
Arsen-Lecithin-Pillen
100 Stck. 15 Mk., Kurpackung 60 u. 90 Mk.
— Ausführliche Literatur gratis! —
Elefanten-Apotheke, Berlin SW.
Leipziger Str. 4 (Dönhoffpl.)
Fernspr. Ztr. 142

Möbel
M. **Schlewinsky** & Co.
Dircksenstraße 31
Berlin C E. Königsgraben Am Bahnh. Alexanderplatz
Ausnahme-Angebot!
Speisezimmer „Eiche" Büfett 140 cm breit 4250 M. 160 cm breit 5250 M. 180 cm breit 7250 M.
Büfett, Kredenz, Ausziehtisch und 6 Lederstühle
Herrenzimmer „Eiche" Bibliothek 120 cm breit 3850 M. 150 cm breit 4850 M. 180 cm breit 5850 M.
Bibliothek, Schreibtisch, Tisch, 2 Lederstühle, 1 Schreibsessel
Schlafzimmer „Eiche" Schrank 125 cm breit 3750 M. 150 cm breit 4750 M. 180 cm breit 6750 M.
Schrank mit Spiegel, ½ Wäsche, 2 Stahlböden, dreiteilige Auflegematratzen, Waschtoilette m. Spiegel und Marmor, 2 Nachtschränke etc.
Größte Auswahl in besseren Zimmereinrichtungen in allen Preislagen u. bester Verarbeitung / Klubsessel u. Garnituren in Leder, Cord, Gobelin usw. / Einzel-Möbel, Beleuchtungsgegenstände usw.
Besichtigung lohnend und erwünscht! Gekaufte Möbel können kostenlos lagern!



Spezial-Arzt Dr. Stotte für alle Geschlechts-, Haut-, Harn-, Frauenleiden. hartnäckige Ausflüsse, Ausschlag, Syphilis. — Kuren, speziell mit Salvarsan. — Blutuntersuchungen. — Damen separat.
Dir.: A. Löser sen. Im ältesten Kur-Institut „Löser" geöff. 9–1, 4–8, Stg. 9–1.
Nur Rosenthalerstr. 69-70 Rosenthaler Platz.

● **Tuchfabrik-Niederlage** ●
von H. Lamprecht, Berlin-Treptow, Bouchéstr. 17, verkauft Damen-, Herrenſtoffe zu Fabrikpreiſen an Private. Gute dauerhafte Herrenſtoffe von 45 M. an aufwärts

Verkäufe

Wandlitz-Gasthof, Quadratmeter 13 und 30, Anzahlung 100 Mark. Außerdem 6½ Morgen Acker, Wieſe, Fließ am Bahnhof. Hülſen, Steglitz, Lionnelloſtraße 11, Fernſprecher 2804.

Halbumſonſt! Gardinenverkauf, Teppichverkauf, großes Muſterlager Pelzwaren, Einſegnungsanzüge, Paletots, Herrenhoſen. Springers Gardinenverkauf, Charlottenburg, Berlinerſtraße 143. 1318*

Kreuzfüchſe 195,—. Sämtliche Pelzarten Hälfte herabgeſetzt. Herrengarderobe, Taſchenuhren, Goldwarenlager ſtaunend billig. Keine Lombardware. Leihhaus Roſenthalertor, Linienſtraße 203/4, Ecke Roſenthalerſtraße.

Frackverleihinſtitut, Friedrichſtraße 122/3. Frack, Smoking, Gehrockanzüge. Moderne elegante Sachen. Jede Größe vorrätig. 1328*

„**Weißer Rabe**", extra ſtarke Dinerwäſche, verkauft Dorn, Reichenbergerſtraße 7.

Abeſſinierpumpen, Druckpumpen, Sauger, Rohre, gebrauchte, neue, ſpottbillig. Schreiber, Hochſtraße 53.

Staunenerregend! Kreuzfüchſe 85, Rotfüchſe 75 M. an, Alaskafüchſe, Zobelfüchſe ſowie alle anderen Pelzarten, Pelzmäntel, alles zu bedeutend herabgeſetzten, ſpottbilligen Sommerpreiſen. Keine Lombardwaren! Leihhaus! Warſchauerſtraße 7. 1728*

Geſchäftsverkäufe

Geſchäfte jeder Branche [illegible] verkauft Verkaufszentrale Kaiſerſtraße 14, Alexanderplatz. 1192R

Möbel

Metallbetten 225, Chaiſelongues 125, Kinderbettſtellen, weiße Schlafzimmer, Meiſe, Augsburger 32a, Quergebäude.

Möbel: Schlafzimmer, Speiſezimmer, Herrenzimmer, Wohnzimmer, Küchen, Einzelmöbel, ſolide Verarbeitung, billige Preiſe. [illegible] Käufern gewähre Zahlungserleichterung bei geringer Anzahlung. Möbelhaus Antel, Große Frankfurterſtraße 34, am Strausbergerplatz. 1613

Chaiſelongues 200 bis 375, Umbauſtühlſofas, Auflegematratzen, Patentmatratzen 130,—. Walter, Stargarder Straße achtzehn. 1763*

Schlafzimmer, Wohnzimmer, Speiſezimmer, Herrenzimmer, Küchen, Umbauten, Sofas, Ruhebetten, Einzelmöbel. Petersburgerſtr. 41. Zahlungserleichterung. 1008*

Muſikinſtrumente

Pianos, großes Lager neuer und gebrauchter Inſtrumente. Scherer, Chauſſeeſtraße 106.

Pianos, tonſchön, äußerſt preiswerte Kaufgelegenheit. Wiesner, Dirckſenſtraße 23, Alexanderplatz, Börſe. 1368*

Kaufgeſuche

Klaviere dringend geſucht. Herr, Göbenſtraße 8, Rollendorf 1154.

Zahngebißankauf, Annenſtraße 19. 1498*

Silberſchmelze Chriſtionat, Köpenickerſtr. 20a (gegenüber Manteuffelſtraße) kauft Zahngebiſſe, Platinabfälle, Schmuckſachen, Glühſtrumpfaſche, Queckſilber, ſämtliche Metalle. 1428

Unterricht

Klavierunterricht anerkannt vorzüglich Emilie Below, [illegible] 63. 1558*

Techniſche Privatſchule Dr. Werner, Regierungs-Baumeiſter a. D., Berlin, Neanderſtraße 3. Maſchinenbau, Elektrotechnik, Hochbau, Tiefbau, Abendlehrgänge, Tageslehrgänge.

Verſchiedenes

Vertrauensvolle Auskunft, langjährige Erfahrung, erfolgreiche, gewiſſenhafte Behandlung. Damen. Frau Zaldan, ärztl. ausgebildet, Fruchtſtraße 35, vorn III (Nähe Schleſiſcher Bahnhof.) 1028

Vertrauensvolle Auskunft, gewiſſenhafte Behandlung, Frau Jande, ärztl. geprüft, Glogauerſtraße 22, Seitenflügel part. (Görlitzer Bahnhof). Auch Sonntags. 1288

Vertrauensvolle Auskunft. Arzt zur Stelle. Hebamme Opitz, Neue Königſtr. 37 (Alexanderplatz.) 1028

Vertrauensvoll Auskunft, Unterſuchung, erfahrene Hebamme, Neumann, Peſtalozziſtraße 58a. 1471R*

Vertrauensvolle Unterſuchungen. Arzt zur Stelle. Hebamme Hildesheim, Lothringerſtraße 34/35. 1183*

Betriebskapital, Goldvorlehn, Ratenrückzahlung. Richter, Ritterſtr. 100. 1485*